

AfD liegt goldrichtig: Rundfunkbeitrag findet keinen Rückhalt in der Bevölkerung (12.04.2023)

Eine aktuelle Umfrage des Instituts INSA ergibt, dass lediglich sieben Prozent der Befragten mit der aktuellen Höhe des Rundfunkbeitrags von 18,36 Euro monatlich einverstanden sind. Demgegenüber wollen 39 Prozent gar keinen Zwangsbeitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk leisten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, stellt klar, dass die AfD die einzige politische Kraft ist, die für die Abschaffung der Zwangszahlungen von rund neun Milliarden Euro jährlich steht.

"Während die sehr gut davon profitierenden Funktionsträger der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Beiträge sogar noch deutlich erhöhen wollen, findet schon die heutige Höhe keinen Rückhalt mehr beim Bürger. Der öffentlichrechtliche Zwangsrundfunk hat seine Daseinsberechtigung länast verloren. Die ΔfD wird. sobald sie Regierungsverantwortung kommt, auch diesem Spuk ein Ende setzen und die entsprechenden Verträge kündigen. Ein Selbstbedienungsladen, der aus Zwangsgebühren finanziert wird, kommt für uns nicht in Frage", betont Stephan Brandner.



Bauboom bei Protzbauten für Beamte und Ministerien – Wohnungsnot beim Bürger (13.04.2023)

Laut einem Bericht des Handelsblattes plant die Bundesregierung allein in diesem Jahr etwa 100 Bauprojekte für den stark wachsenden Beamtenapparat für über 4,8 Milliarden Euro. Gleichzeitig fehlen in Deutschland nach Berechnungen des Deutschen Mieterbundes über 700.000 Wohnungen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erklärt hierzu:

"Die Ampel bricht bei den Neueinstellungen für Ministerialbeamte alle Rekorde und versorgt so ihre Klientel. Für einen sich immer weiter aufblähenden Beamtenapparat werden überdimensionierte Luxusimmobilien, wie der Anbau des Bundeskanzleramts, geplant.

Gleichzeitig hinkt die Regierung beim Wohnungsneubau massiv hinterher. Lediglich rund 300.000 statt der geplanten 400.0000 Wohnungen werden für die Bürger dieses Jahr gebaut. In Zeiten der akuten Wohnungsnot von hunderttausenden Bürgern haben Prunkbauten keinen Platz. Deshalb fordere ich einen sofortigen Baustopp für alle entbehrlichen Neubauten des Bundes."





Auch erneuter Anschlag auf mein Geraer Büro wird an meiner Politik nichts ändern! (13.04.2023)

In der Nacht zum Donnerstag kam es wieder zu einem Anschlag auf das Geraer Wahlkreisbüro von Stephan Brandner. dem direkt aewählten Bundestagsabgeordneten für den Ostthüringer Wahlkreis und zugleich stellvertretenden Bundessprecher der AfD. Die Schaufenster wurden dabei großflächig beschmiert, wobei die Parolen unschwer auf mutmaßlich politisch motivierte, linke Vandalen schließen lassen. Wie die Bilder aus der Überwachungskamera zeigen, wurde an die Scheiben gespuckt, an die Fassade uriniert und vor der Eingangstür erbrochen. Die Kriminalpolizei Ermittlungen bereits am frühen Morgen aufgenommen und wertet derzeit die Kameraaufzeichnungen und DNA-Spuren aus.

"Mit sechs Wahlkreisbüros, die ich betreibe, bin ich häufig von Handlungen verblendeter Linksextremisten betroffen. Doch wie immer, wird mich auch die diesmalige Attacke nicht daran hindern, für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das Wort zu erheben. Im Gegenteil. Jeder Anschlag dieser Art zeigt, dass Deutschland Nachhilfe im Fach Demokratie benötigt. Dies ist besonders bemerkenswert. da sich das letzlich verantwortliche politische Personal der deutschen Altparteien im Ausland oft, gern und in peinlicher Art und Weise als demokratische Nachhilfelehrer blamieren. Derweil ist die Opposition im eigenen Land ständig zunehmender Gewalt ausgesetzt. " so Stephan Brandner.

#BRANDNERFRAGTNACH

Inanspruchnahme von Fotografen, Visagisten, Frisören

Kleine Anfrage: 20/5076

https://www.brandner-imbundestag.de/anfragen/kleine-anfrage-18-januar-2023-205076.html





Verheimlicht die Bundesregierung uns Impfschäden bei der Bundeswehr?

Schriftliche Frage 3/164

https://www.brandner-imbundestag.de/anfragen/schriftliche-frage-3164-maerz-2023.html

Beobachtung von Thüringer Abgeordneten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

Schriftliche Frage 2/026

https://www.brandner-imbundestag.de/anfragen/schriftliche-frage-2026-maerz-2023.html





Aktuelle Videos

Lauterbach vor Gericht

5 Fragen - 5 Antworten Folge 213





Milliardengewinne und keine Haftung?!

(Gute Fragen - Schlechte Antworten)

Unqualifiziertes Quotenpersonal damit die Minister nicht die dümmsten sind!

(Rede im Bundestag)





Aktuelle Videos



Elefanten im Altenburger Land

BRANDNERUNTERWEGS im Wahlkreis

Aktueller Podcast



Bürgerwillen umsetzen - Staatsfunk abschaffen

BRAND(NER) AKTUELL

Folge 3

YouTube: https://www.youtube.com/watch? v=BxGt_wYA1as:

Oder auch hier:

Apple:

https://podcasts.apple.com/us/podcast/brand-neraktuell-der-sonntags-podcast-mit-dem-afdbundestagsabgeordneten-stephanbrandner/id1680346167

Amazon Music:

https://music.amazon.com/podcasts/8c238535-9297-456d-be54-df7237c2c58e/brandner-aktuellder-sonntagspodcast-mit-demafdbundestagsabgeordneten-stephan-brandner

Google:

https://podcasts.google.com/feed/aHROcH M6Ly9hbmNob3luZmOvcy9kZGZhNTgyNC9wb 2RjYXNOL3Jzcw

Spotify:

https://open.spotify.com/show/3Bb3UcCml ee4YWnboJRFWa



Rechtsstaat weiter auf dem absteigenden Ast

Das Bundesverfassungsgericht handelt entgegen der Verfassung, die Gewalten sind maximal verschränkt, auf keinen Fall aber getrennt, und die Staatsanwälte weisungsgebunden. Was sich anhört, wie düstere Geschichten aus der Dritten Welt (die man heute gar nicht mehr so nennen darf), ist längst deutsche Realität. Die obersten Richter - man sollte meinen, die fähigsten des Landes sitzen auf ihren Plätzen nicht wegen ihrer enormen und unumgänglichen juristischen Fähigkeiten, intransparenter Hinterzimmermauscheleien sondern weaen maximal zwischen Parteimitgliedern, die im Richterwahlausschuss im richtigen Moment ihre Hand heben müssen. Weit mehr als die Leistung entscheidet über die Ehre, das höchste Richteramt auszuführen, die Parteizugehörigkeit oder -nähe. So werden die Stellen knallhart nach Proporz aufgeteilt zwischen allen Parteien von Ampel über CDU bis Linke. Dass derartige Konstruktionen dazu führen, dass am Ende ein Verfassungsrichter, der selbst Abgeordneter war, über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes befinden muss, dass er selbst auf den Weg gebracht hat, betont, wie aussichtlos auf lange Sicht der Kampf gegen verfassungswidrige Gesetze zu sein scheint. Dass wir als AfD dennoch einige Rechtsstreitigkeiten für uns entscheiden konnten, zeigt nicht etwa, wie unvoreingenommen die Richter sind oder in diesen Fällen waren, sondern wie offensichtlich die Verfehlungen sind, wenn es nicht mehr gelingt, sie zu vertuschen.

Es spricht für sich, aber gewiss nicht für den Rechtsstaat, wenn die Ausgaben des Bundesverfassungsgerichts für eigene Rechtsberatung rapide steigen, genauso, wie die Mittel, die für das Image des höchsten Gerichts verausgabt werden. Dass aus dem stolzen Adler als Symbol des Bundesverfassungsgerichts, der sicher nicht umsonst sein Maul weit aufgerissen hat, heute ein schweigendes, stilisiertes Vögelchen geworden ist, symbolisiert nur zu gut, was vom höchsten Gericht erwartet wird. Schweigen und abnicken – statt wehrhaft dem Unrecht entgegentreten und für Freiheit, Demokratie und vor allem Grundrechte zu streiten.

Als AfD stehen wir für eine Gewaltenteilung, die ihren Namen verdient hat: es kann nicht sein, dass weisungsgebundene Staatsanwälte Ermittlungen, etwa gegen Merkel, Scholz, Spahn und Lauterbach, aus politischen Überlegungen oder weil sie ihre eigene Karriere nicht gefährden wollen, nicht aufnehmen. Es kann nicht sein, dass die höchsten Richter nach Parteibuch ausgewählt werden und der Richterwahlausschuss nicht einmal ein Schatten seiner selbst ist.

Die wichtigsten und größten Projekte einer zukünftigen AfD-Regierung werden die Entpolitisierung der Justiz und die Stärkung der Gewaltenteilung sein. Die Durchsetzung des Rechts, die Umsetzung dessen, was unser Rechtsstaat vorsieht, muss in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Unser Problem sind meist nicht falsche Gesetze, sondern eine mangelhafte Anwendung und Durchsetzung. Die Buntfärbung der Justiz, der Beigeschmack es werde nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen der Regierenden Recht gesprochen, hat in einem Deutschland, wie es sich die AfD vorstellt, nichts zu suchen.

Kommende Termine







Kommende Termine









Anmeldungen zum Vortragabend bitte über: kontakt@brandnerim-bundestag.de



#BRANDNERUNTERWEGS



13.04.2023
Treffen mit der
Geschäftsführung
der EGG zur
Energieversorgung
und hoch hinauf im
Elefanten- und
Erlebnispark
Starkenberg.







www.brandner-im-bundestag.de

13.04.2023
Konstruktives
Gespräch mit dem
Bürgermeister in
Starkenberg. In dem
Ort hat sich viel
getan, ein Besuch auf
jeden Fall wert.



13.04.2023
feige Künstler Anschlag auf mein
Geraer Büro wird
an meiner Politik
nichts ändern!

Alternative







Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera Rudolf-Diener-Straße 21 07545 Gera

Tel.: 03 65 - 20 42 41 30 Fax: 03 65 - 22 69 12 50 E-Post: kontakt@

brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz Zwickauer Straße 11 04639 Gößnitz

Tel.: 03 44 93 - 25 95 13 E-Post: goessnitz@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg Kesselgasse 25 04600 Altenburg Tel.: 03 44 93 - 25 95 13

E-Post: altenburg@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda Schleizer Straße 8 07937 Zeulenroda-Triebes Tel.: 03 66 28 - 96 35 02

Tel.: 03 66 28 - 96 35 02 E-Post: zeulenroda@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda Weißenseer Straße 8 99610 Sömmerda

Tel.: 0 36 34 - 69 22 888 E-Post: soemmerda@ brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda Ritterstraße 4 99510 Apolda

Tel.: 0 36 44 - 83 20 468

E-Post: apolda@

brandner-im-bundestag.de Geöffnet: Mi: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz



www.facebook.com/stBrandner



www.twitter.com/stbrandner



www.instagram.com/stephanbrandner



www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb



t.me/StephanBrandnerMdB



www.tiktok.com/@brandner_afd

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK Sparkasse Jena Saale-Holzland IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75

BIC: HELADEF1JEN

Verwendungszweck: Stephan Brandner

Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin





